

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l
der 41. Sitzung des Bundesrates vom 8. Juni 1962

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Chaudet
Abwesend: Hr. Bourgknecht (krank)
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: Die Protokolle der 29., 30. und
 31. Sitzung werden genehmigt.
Beginn: 9 Uhr 30 Schluss: 11 Uhr 10

Gesundheitszustand von Herrn Bourgknecht

Herr und Frau Bundespräsident Chaudet haben einen Krankenbesuch gemacht. Der Allgemeinzustand bessere sich ständig, dagegen bleibe die Lähmung leider stationär. Herr Bourgknecht lasse die Kollegen herzlich grüssen und danke für die Beweise der Sympathie.

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Besuch des Präsidenten der Republik Dahome

Der Genannte sei plötzlich in der Schweiz aufgetaucht im Zusammenhang mit dem grossen Projekt der VSK in Dahome und habe gewünscht, einen Höflichkeitsbesuch abzustatten. Herr Wahlen wird ihn heute empfangen und ihm einen Lunch offerieren. Es sollte noch ein anderes Mitglied des Rates daran teilnehmen. Herr von Moos erklärt sich dazu bereit.

Abberufung des tschechischen Gesandten

Herr Wahlen teilt mit, dass ihn der tschechische Gesandte aufgesucht und informiert habe, dass er von seiner Regierung zurückberufen würde. Für uns bedeute dies eine gute Lösung der Angelegenheit. Herr Wahlen habe dabei den Eindruck gehabt, dass der tschechische Gesandte persönlich von der Spionageaffäre nichts gewusst habe. Positiv sei auch zu bewerten, dass Frau Obhlidal Mitglied der Gemeinde der mährischen Brüder sei und in der Schweiz mit diesen Kreisen auch Kontakt gehabt habe.

Schriftliche Anträge

Politisches Departement

Umwandlung der Gesandtschaft von Guatemala in eine Botschaft und Agrément für einen Botschafter

Dieses neue Geschäft wird antragsgemäss erledigt.



MilitärdepartementErgänzung der Aemterklassifikation

Herr von Moos erkundigt sich, ob die Orientierung der eidgenössischen Räte durch den Geschäftsbericht Praxis sei, was der Herr Bundeskanzler bestätigt.

VolkswirtschaftsdepartementErhöhung der Käsefabrikationsmarge

Das FZD beantragt in seinem Mitbericht, die Käsefabrikationsmarge nicht rückwirkend zu erhöhen. Herr Schaffner stellt fest, dass die eingehende Abklärung der Frage (nicht ohne Schuld der Preiskontrollstelle) geraume Zeit in Anspruch genommen habe. Der Entscheid werde die Käser ohnedies enttäuschen, so dass aus Billigkeitsgründen der Ausweg gefunden werden sollte, den Entscheid auf den gleichen Zeitpunkt in Kraft zu setzen, wie dies bei der Milch der Fall gewesen sei.

Herr Tsehudi erklärt sich mit einer beschränkten Rückwirkung auf 1. April 1962 einverstanden, womit sich auch Herr Schaffner abfinden kann.

Dem Antrag des EVD wird somit entsprochen mit einer rückwirkenden Inkraftsetzung auf 1. April 1962.

Justiz- und PolizeidepartementVolksbegehren für das Entscheidungsrecht des Volkes über die Ausrüstung der Armee mit Atomwaffen, Bericht

Herr Spühler hat die durch die Verschiebung gewonnene Frist benützt, um mit seinen politischen Freunden Fühlung zu nehmen. Wenn der Bundesrat in der Botschaft erklären würde, dass er den Entscheid über eine allfällige Bewaffnung der Armee mit Atomwaffen den Räten in Form eines Bundesbeschlusses unterbreiten werde, dem die Referendums Klausel beigefügt würde, so könne bei einer positiven Reaktion des Parlamentes auf diese Zusicherung damit gerechnet werden, dass die Initiative zurückgezogen würde. Herr Spühler weist auf die Vorteile einer solchen Lösung hin, die eine zweite Auseinandersetzung - gewissermassen im luftleeren Raum - über die Atombewaffnung schon im Hinblick auf den Eindruck im Ausland vermeiden würde.

Herr von Moos gibt sich vollständig Rechenschaft über die absolut unerfreuliche Situation, die im Falle einer erneuten Abstimmung über die Frage der Atombewaffnung entstehen würde. Er gehe, abgesehen von den übrigen rechtlichen Bedenken, von der Ueberlegung aus, dass der Rückzug der Initiative gemäss der Rückzugsklausel einen Gegenvorschlag der Bundesversammlung voraussetze. Bei dieser Sachlage könne er nicht glauben, dass das Initiativkomitee sich an Stelle eines Gegenvorschlages mit einer blossen Promesse des Bundesrates in einer Botschaft begnügen könnte und dürfte. So bezahle man einen rechtlich anfechtbaren Preis für ein Ergebnis, das keineswegs sicher sei. Daher

komme für ihn nur der saubere, klare vom JPD vorgeschlagene Weg in Frage.

Herr Schaffner gibt zunächst der Genugtuung Ausdruck, dass sich auf Grund der Auskünfte von Herrn Spühler doch der Weg einer Verständigungsmöglichkeit abzeichne. Er stellt fest, dass sich die heutige Lage aus der Erklärung des Bundesrates über die eventuelle Atombewaffnung der Armee ergeben habe. Er wäre deshalb froh, aus dem Zwange, über einen rein hypothetischen Fall erneut das Volk anrufen zu müssen, heraus zu kommen. Der Bundesrat sollte sich bereit erklären, in Ergänzung zu Art. 87 MO. unter Aufrechterhaltung der übrigen Befugnisse für die erste Beschaffung das Prinzip der nuklearen Bewaffnung grundsätzlich zur Diskussion zu stellen. Wenn ihm die Räte dabei Gefolgschaft leisten, erübrige sich eine Volksabstimmung. Allerdings müsste man sicher sein, dass die Initiative dann auch wirklich zurückgezogen würde. Persönlich würde er eine solche Lösung begrüßen, um zu vermeiden, dass man nochmals in das Schussfeld der internationalen Atompolitik gerate. Man müsse auch berücksichtigen, dass die Initianten dem Bundesrat einen Dienst geleistet haben mit dieser Blitzableiteraktion gegenüber der Atomwaffenverbotsinitiative.

Herr Wahlen empfindet ebenfalls ein Unbehagen in der Erwartung einer zweiten Abstimmungskampagne. Er begreife, dass man Möglichkeiten prüfe, um diese zu vermeiden. Er habe aber Bedenken dagegen, dass man hier eine Ausnahme schaffe gegenüber der bestehenden Militärordnung, wo die Fachleute noch das massgebende Wort zu sprechen haben. Die Ausnahme, die man schaffe, werde zu weiteren Vorstössen führen. Er halte eine Erweiterung der Volksrechte auf Grund der Erfahrungen nicht für opportun. Er finde die Argumentation des Botschaftsentwurfes schlüssig und halte dafür, dass man sich trotz der bevorstehenden unangenehmen Abstimmungskampagne entschliessen müsse, an der geraden Linie festzuhalten.

Der Herr Bundespräsident ist dafür dankbar, dass man versucht habe, die Schwierigkeiten, in der sich der Bundesrat befinde, zu erleichtern. Eine neue Atomwaffendiskussion sei unangenehm und zwar erst recht deshalb, weil man vor einem Wahljahr stehe. Er halte mit Herrn Wahlen dafür, dass es nicht opportun sei, die Volksrechte zu erweitern. Man öffne mit der vorgeschlagenen Lösung die Türe für eine neue Praxis, die uns sehr weit führen könne. Damit werde die heute bestehende Zuständigkeitsordnung geändert. Er sei zur Ueberzeugung gelangt, dass man besser die Risiken eines Kampfes auf sich nehme. Die vorgeschlagene Promesse sei vom rechtlichen Standpunkte aus sehr diskutabel. Man übernehme von der Geschichte eine grosse Verantwortung, wenn man für den Entscheid über die Wahl der Waffen das Volk zu befragen beginne. Wenn die eidgenössischen Räte von sich aus diese Lösung wählen würden, wäre das wieder ein Fall für sich. Man übernehme mit der Botschaft des JPD ein gewisses Risiko. Doch wenn das Volk die Initiative annehmen sollte, dann wäre es selbst dafür verantwortlich. Der Redner erklärt, dass er diesen Standpunkt nicht als Chef des EMD vertrete, sondern als Bürger. Man solle den Entscheid über die Bewaffnung weiterhin denen überlassen, die etwas davon verstehen. Aus allen diesen Gründen sei der Redner für den Antrag des JPD.

Herr Tschudi bemerkt, dass es darum gehe, welchen Preis man dafür zahlen wolle, um die Volksabstimmung selbst oder die Annahme der

Initiative zu verhindern. Der von Herrn Spühler angedeutete Weg, bedeute ein grosses Entgegenkommen seitens der Initianten. Er empfehle davon abzusehen, sich zu intensiv gegen die Erweiterung der Volksrechte zu wenden und sie als etwas Bedenkliches hinzustellen, schon im Hinblick auf eine Volksbefragung im Zusammenhange mit dem Beitritte zur EWG. Das Volk habe schon über ebenso schwerwiegende Fragen zu entscheiden gehabt als über die Atombewaffnung.

Herr Schaffner hat volles Verständnis für die Ausführungen von Herrn von Moos und Herrn Wahlen. Auch er sei dagegen ein Präjudiz zu schaffen, das die heutige Ordnung der MO in Frage stellt. Man sollte aber doch eine Redaktion fertig bringen, die kein Loch in die MO reisse. Er wäre mit der These der Befürworter der Lösung des JPD einverstanden, wenn es sich um einen Verfassungsartikel handeln würde und nicht nur um einen Artikel des MO. Das Volk solle nur über den ersten Schritt zur atomaren Bewaffnung ange-rufen werden, ohne dass dadurch die von der MO getroffene Ordnung in Frage gestellt werde und nur als Preis dafür, dass man um einen Gegenvorschlag oder gar um eine Volksabstimmung herum komme. Es handle sich für ihn eigentlich darum, die Volksabstimmung auf ei-nen Zeitpunkt hinauszuschieben, wo man es nicht mehr mit einer blossen Hypothese, sondern mit klaren Verhältnissen zu tun habe. Man sollte auf alle Fälle zuerst versuchen, einen Text zu formu-lieren, bevor man zu einer Spaltung im Rate komme.

Der Rat gelangt schliesslich zu folgender vorläufiger Lösung:

Herr Schaffner wird auf die Freitagsitzung einen formulierten Text für die von ihm vorgeschlagene Erklärung des Bundesrates unterbreiten. Herr von Moos wird die juristische Seite der An-gelegenheit nochmals prüfen. Herr Spühler erklärt sich seiner-seits bereit, die Frage nochmals zu studieren.

Allgemeine Umfrage

Hr. W a h l e n

Einladung Portugal, 26. Juni

Herr Wahlen wird hingehen.

Audienzgesuch der Schweiz. Bankiervereinigung wegen des Berichtes über die Steuerdefraudation

Die Bankiervereinigung möchte von der Finanz- und Wirtschafts-delegation des Bundesrates empfangen werden zu einer Aussprache über gewisse Passagen des Berichtes. Es wird beschlossen, dass die Herren vorerst durch Herrn Tschudi, als stellvertretenden Chef des FZD, begleitet von einigen Fachbeamten des FZD, em-pfangen werden sollen. Sollte sich die Situation versteifen, so könnte dann immer noch die Delegation einspringen.

Hr. T s c h u d i

Aufsatz für den evangelischen Kirchentag

Der Herr Bundespräsident wird beauftragt, dem Wunsche der Organi-satoren zu entsprechen. Es kann nicht in Frage kommen, dass jeder der 5 angefragten Bundesräte einen Aufsatz schreibt.

PräsidialvorbringenSpezialnummer für Zypern der Gazette de Lausanne

Es soll eine Botschaft von Erzbischof Makarios publiziert werden. Der Herr Bundespräsident ist ersucht worden, einen Aufsatz von entsprechender Länge zu schreiben. Es wird beschlossen, dass der Text in Zusammenarbeit von EPD und EVD erstellt werden soll.

Pferdemarkt in Saignelégier

Nachdem Herr Clavadetscher an der Teilnahme verhindert ist, übernimmt es Herr Schaffner, einen Ersatzvorschlag zu machen.

Zahl der Bundesräte

Anlässlich der Behandlung des Geschäftsberichtes im Nationalrat wurde das Postulat Munz mit 54 zu 51 Stimmen verworfen und das Postulat Schmid gemäss Antrag im Geschäftsbericht abgeschrieben.

Ausbildung der Offiziere

Der Ständerat hat der Vorlage zugestimmt mit der Aenderung, dass er die Ausbildungszeit für Feldprediger auf 21 Tage festgesetzt hat. Herr Chaudet möchte nun vorerst die Stellungnahme der Kirchen einholen. Möglicherweise wird er dann die Angelegenheit nochmals dem Bundesrat unterbreiten.

Einladung zu einem Flugmeeting nach England

Herr Chaudet wäre als Chef EMD schon lange gerne einmal dieser Einladung gefolgt. Für dieses Mal will er ablehnen im Hinblick auf seine Präsidentschaft

Disciplinarfall beim EMD

Wie der Herr Bundespräsident mitteilt, bereite ein Chefbeamter des EMD dem Departement Schwierigkeiten, weil er die Parlamentarier für seine Ideen bearbeite. Nun habe sich auch ergeben, dass er zu Unrecht den Dokortitel führe. Dieser sei ihm nicht verliehen worden, weil er gewisse formelle Voraussetzungen zur Erlangung des Doktordiploms nicht erfüllt habe. Die unrechtmässige Führung des Dokortitels sei ein Officialdelikt. Das Departement führe nun ein Disciplinarverfahren durch. Bis zum Abschluss der Untersuchung wird der Beamte in bezahlten Urlaub versetzt.

Herr Schaffner äussert gewisse Bedenken, der Herr Bundespräsident antwortet jedoch, dass der betreffende Beamte seine Vorgesetzten irregeführt habe. Der Rektor der Universität habe dem Beamten übrigens angedroht, Strafklage einzureichen.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der 40. Sitzung vom 4. Juni 1962 wird mit der Korrektur eines Verschiebes beim Geschäft "Beteiligung der Schweiz am Anleihen der Vereinigten Nationen" (89 statt 93) genehmigt.